

THOMAS BERG, DR. ANTJE BISCHOFF

Jahresbericht 2009 des Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (6), 188-193

Das Jahr 2009 war für den Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V. (Verein) spannend und, wie die vielen Jahre zuvor, erfreulich, weil sich für den Naturschutz manches bewegt hat, erfolgreich, was den Landkauf angeht, betrüblich, weil der echte Durchbruch im Verhältnis zum Land Brandenburg dann doch ausgeblieben ist. Das vergangene Jahr hat den bunten Strauß von Erfahrungen geboten, der zum Naturschutz in einer Zeit gehört, in der dem Naturschutz nur in Sonntagsreden eine hohe Bedeutung beigemessen wird, der in der Praxis aber als bloßes Vehikel für die touristische Vermarktung einer Region erhalten soll.

Was den Landkauf angeht, war das Jahr 2009 eines der erfolgreichsten seit dem Ende der öffentlichen Förderung im Jahr 2000. Mit 70 Hektar konnte der Verein mehr land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen erwerben als in den letzten zehn Jahren. Obwohl die Konkurrenz um Flächen aus verschiedenen Gründen wächst und die Preise dementsprechend steigen, nicht zuletzt wegen der aggressiven Erwerbspolitik des Landes, vertreten durch das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF), gibt es immer wieder die Bereitschaft von Grundeigentümern, gerade einem Naturschutzverein Flächen zum Kauf anzubieten. Wir werden die Chance auch weiterhin nutzen.

Mit ihren drei festen Mitarbeitern ist unsere Geschäftsstelle gut aufgestellt und den zunehmenden Herausforderungen gewachsen. Nachdem die Arbeit der Geschäftsstelle unter ihrem neuen Geschäftsführer erheblich straffer und moderner gestaltet werden konnte, gelang es, einen großen Teil der Pachtverträge des Vereins mit landwirtschaftlichen Nutzern neu zu fassen, mit marktgerechtem Pachtzins und angepassten naturschutzfachlichen Auflagen. Der wachsende Flächenbesitz des Vereins wird zunehmend elektronisch verwaltet. Der Bereich der Flächenverwaltung in der Geschäftsstelle ist mittlerweile hochgradig professionalisiert. Dabei entwickelt sich die Zusammenarbeit des Vereins mit seinen Pächtern auf Vereinsflächen, bei durchaus nicht immer identischer Interessenlage, außerordentlich kooperativ.

So haben am Bauerntag auf Schloss Criewen am 24.11.2009 zwölf Landwirte aus neun Betrieben teilgenommen. Dabei wurden sie nicht nur über Wasserbüffel-, Auerochsen- und Wisentprojekte unterrichtet, sondern es wurde auch über die geplante Ausweisung von knapp 4.000 Hektar weiterer Totalreservate durch die Nationalparkverwaltung gesprochen. Verein und Landwirten geht es dabei darum, Lösungen zu finden, die den Interessen beider Seiten in gleicher Weise gerecht werden.

Dem Verein ist es wichtig, dass kurzfristig, zumindest im Fiddichower Polder (10), die Ein- und Auslassbauwerke ganzjährig offen bleiben und vor allem das ökologisch überaus schädliche Abpumpen des Polders eingestellt wird. Dazu haben praktisch alle im Poldergebiet wirtschaftenden Landwirte schriftlich gegenüber dem Verein ihre Bereitschaft erklärt. Diese Bereitschaft wurde dem zuständigen brandenburgischen Minister schriftlich übermittelt mit der Bitte, schon im Jahre 2009 das Abpumpen einzustellen. Der damals zuständige Staatssekretär Schulze sagte das auf dem ersten trilateralen Gespräch zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), dem Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MLUV) und dem Verein am 27.03.2009 in Berlin auch zu. Schulze ließ dann aber dem Leiter der Nationalparkverwaltung Treichel freie Hand, der den Polder entgegen der genannten Zusage auf den seit Jahren tiefsten Wasserstand abpumpen ließ. Der Verein, insbesondere Prof. Dr. Wolfgang Dohle, haben dagegen deutlich und fachlich fundiert protestiert.

Ergebnislos verliefen beide trilaterale Gespräche zwischen BMU, MLUV und dem Verein, besonders unerfreulich war das zweite Gespräch am 11.06.2009 in Berlin. Nachdem man sich in Vorgesprächen bei der Verteilung der Flächen von Zone I und II auf Land und Verein relativ weit angenähert hatte – strittig blieben lediglich 800 Hektar – brachte das MLUV plötzlich zwei völlig neue Themen in die Verhandlungen ein. So forderte Staatssekretär Schulze ultimativ, dass alle landwirtschaftlichen Flächen, die des Landes und die des Vereins, künftig ab dem 15. Juni eines jeden Jahres genutzt werden dürften. Der seit nunmehr fast 20 Jahren in den Pachtverträgen des Vereins festgesetzte Termin ist dagegen der 30. Juni. In der ganzen Diskussion haben sich keine wissenschaftlichen Belege dafür gefunden, dass in einem Nationalpark, der ja immerhin nicht nur einzelne Arten schützen, sondern einen ganzen Lebensraum in einem weitgehend vom Menschen unbeeinflussten Zustand halten soll, der 15.06. eines jeden Jahres besser als der 30.06. geeignet wäre. Der 30.06. ist als Termin für die erste Mahd aus Naturschutzsicht gerade noch vertretbar und ermöglicht den Landwirten zugleich die Verwertung dieses ersten Grasschnittes. Freiwillige Naturschutzhelfer kontrollieren dann die Einhaltung der naturschutzfachlichen Auflagen unserer Pachtverträge durch die Landwirte. Stichproben genügen meist, um eine hinreichende Vertragstreue zu erreichen.

Nur Artenschutzvorrangflächen für Wachtelkönig, Seggenrohrsänger und vielleicht weitere Wiesenbrüter sollten – den Vorstellungen des Staatssekretärs folgend – auf bestimmten Flächen mit Mahdterminen geschützt werden, die der bisherigen Praxis des Vereins entsprechen. Das war das sogenannte „Kompromissangebot“ des MLUV. Weitere Kompromissvorschläge des BMU-Abteilungsleiters Flasbarth wurden von Staatssekretär Schulze kategorisch abgelehnt, ebenso der Vorschlag des Vereins, dass Verein und Land jeweils auf ihren Flächen so verfahren sollten, wie sie es fachlich für geboten hielten.

Neben dieser Forderung des Staatssekretärs zum frühestmöglichen Mahdtermin hatte der zuständige Naturschutzabteilungsleiter Steffen in einem Brief vom 4.6.2009 vom Verein gefordert, künftig alle Pachtverträge des Vereins mit den Landwirten vor ihrem Abschluss von der Nationalparkverwaltung genehmigen zu lassen, eine Forderung, die vor 10 Jahren in ähnlicher Weise schon einmal vom Land aufgemacht wurde und die der Verein nach 18 Jahren erfolgreichen Pachtgeschäfts mit naturschutzfachlichen Auflagen keineswegs akzeptieren kann. Auf dieser Basis war eine Einigung unmöglich.

Da die entsprechenden Rechtsstreitigkeiten ohnehin beim zuständigen Verwaltungsgericht in Potsdam anhängig sind, ist es zumindest in einem Rechtsstaat weder ungewöhnlich noch unredlich, nunmehr bei der Lösung auf anderem Wege nicht zu klärender Streitfragen gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Eine weitere Zusammenarbeit auf anderen Gebieten zwischen Verein und Verwaltung muss dadurch keineswegs ausgeschlossen, noch nicht einmal erschwert werden.

Bedauerlich ist, dass die vom Land Brandenburg schon vor zehn Jahren angeordnete Unternehmensflurbereinigung wegen der Untätigkeit des zuständigen Ministeriums keinen Schritt weiter kommt. Bisher wurden keinerlei Flächen geordnet, sondern lediglich Straßen und Wege finanziert. Seit nunmehr zehn Jahren wartet der Verein darauf, dass die zuständige Behörde, das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF) entsprechend Geist und Buchstaben des Anordnungsbeschlusses des brandenburgischen Landwirtschaftsministeriums vom Dezember 2000 mit der Flurordnung beginnt. Dazu müssten zunächst die Flächen des Landes Brandenburg, aber auch die des Bundes und der Kommunen in die Zone I verlagert werden. Die Flächen des Vereins kämen damit zum übergroßen Teil in die Zone II.

Wenn das zuständige brandenburgische Ministerium anders verfahren will als der gültigen Rechtslage entsprechend, muss es mit dem Verein eine Verständigung erzielen. Ultimative Forderungen helfen auf diesem Weg nicht weiter. Der Verein hat mehrfach die Bereitschaft zu einer Einigung signalisiert. Bereits heute gehören ihm gut 2.000 Hektar in den bereits ausgewiesenen und geplanten Totalreservaten (Zone Ia und Ib). Darüber hinaus ist der Verein bereit, bis maximal 2.500 Hektar Flächen in den Wildnisentwicklungsgebieten zu übernehmen, wenn er für diese Flächen von allen Kosten wie den Gebühren für Wasser- und Bodenverbände und für die Verkehrssicherungspflicht dauerhaft und verlässlich entlastet wird.

Im Sommer 2009 hat die Nationalparkverwaltung die gescheiterten trilateralen Verhandlungen publik gemacht, natürlich mit einseitigen Schuldzuweisungen an den Verein. Gleichzeitig hat sie angekündigt, noch im August 2009 den Verein in ein geplantes Wildnisentwicklungsgebiet (Zone I, Totalreservat) in der Gatower Feuchtsenke einzuweisen. Abgesehen von einem folgenlosen Termin beim Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF) ist dann allerdings nichts geschehen. Solche vorzeitigen Besitzeinweisungen gegen den Willen des Vereins hätten nämlich vor Gericht keinen Bestand.

Leider kosteten diese sinnlosen Streitereien mit dem Ministerium und der Nationalparkverwaltung viel Zeit und Kraft und erfordern auch einen erhöhten Einsatz für die Kommunikation innerhalb des Vereins, dessen Mitglieder teilweise unter einer gewissen Agitation seitens der Verwaltung standen. Erfreulich ist, dass sich die Vereinsmitglieder auf zwei eigens diesem Thema gewidmeten Veranstaltungen entschieden hinter die Position des Vereinsvorstandes stellten, zuletzt einstimmig auf dem Nationalparkstammtisch am 18. Dezember 2009.

Erfreulicher war im vergangenen Jahr die Naturschutzarbeit, vor allem die Ankunft von 30 Wasserbüffeln im Friedrichsthaler Polder (5/6) und die Vorbereitungen für den Aufbau einer Heckrindergruppe im Lunow-Stolper Trockenpolder. Gute Vorarbeiten wurden auch für eine völlige Neustrukturierung der Trockenrasenpflege im Nationalparkgebiet geleistet, die nach dem Rückzug des Schäfers Israel möglich

wurde. So wurde von einer Studiengruppe der Fachhochschule Eberswalde in Zusammenarbeit mit Verein und Verwaltung ein Konzept von Triften und Tränken entwickelt, entsprechende Förderanträge formuliert und beim Landkreis Uckermark eingereicht, wiederum mit Unterstützung der Nationalparkverwaltung. Das zeigt erfreulicherweise, dass unabhängig vom aktuellen politischen Streit naturschutzfachliche Vorhaben auch von Verwaltung und Verein gemeinsam getragen werden können. Nicht nur bei der Trockenrasenpflege, sondern auch bei der Gehölzanpflanzung auf dem Gut Criewen, die im Jahre 2009 mit einem letzten Abschnitt von 4 Kilometern Länge und 0,5 Hektar Feldgehölzinseln abgeschlossen werden konnte. Diese gemeinsamen Erfolge sind gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Mit der Entscheidung zum Aufbau einer eigenen Auerochsen- (Heckrind-) Herde hat der Verein den ersten Schritt in ein neues Tätigkeitsfeld getan. Er wird nun selber als Landwirt agieren. Flächenprämien hat er bereits beantragt und erhalten.

Auslöser für die landwirtschaftliche Tätigkeit des Vereins war der Beschluss des brandenburgischen Oberlandesgerichtes vom 26.02.2009, der deutlich machte, dass mit Hilfe des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 ein aufstockungswilliger und -fähiger Landwirt mit Unterstützung einer Siedlungsgesellschaft ein Vorkaufsrecht gegenüber einem Nichtlandwirt wahrnehmen kann, selbst wenn die strittigen Flächen im Kerngebiet eines Naturschutzgroßprojektes, ja sogar in einem Nationalpark liegen. Dieser Konsequenz des bereits neunzig Jahre alten Gesetzes können wir nur entgehen, wenn wir selbst Landwirt sind.

Schon auf Grund der bisherigen Satzung wäre es möglich und in Ordnung gewesen, den Verein als landwirtschaftlichen Betrieb anzumelden. Mit der von der letzten Mitgliederversammlung am 25.03.2009 beschlossenen Satzungsänderung wurde die schon bisher bestehende Möglichkeit aber noch deutlicher herausgearbeitet.

Der Verein beginnt nun zunächst auf begrenzter Fläche (bis 90 Hektar) die halboffene Weidewirtschaft mit Rindern und Pferden, wo sich die bisher dort wirtschaftenden Betriebe dazu weder bereit noch in der Lage zeigten. Der Verein hat dazu die Zusammenarbeit mit kompetenten regionalen Partnern gesucht und gefunden. Der Verein ist gerne und aus Überzeugung in die ökologische Landwirtschaft eingestiegen, nicht zuletzt um selber richtungweisend tätig zu sein. Seinen alten Wunsch, selbst als Landwirt tätig zu sein, hatte er nur aus Akzeptanzgründen lange zurückgestellt.

Gegen sinnlose Steuergeldverschwendung und Naturzerstörung hatte der Verein auch bei seinem Einsatz gegen den Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße zwischen Schwedt und der Westoder für Küstenmotorschiffe zu kämpfen. Ein vorbereiteter Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen ist allerdings noch nicht unterschrieben (vgl. Jahresbericht des Vereins im Nationalpark-Jahrbuch 2008). Der Verein hat aber nicht nur die Öffentlichkeit über die ökologisch wie ökonomisch unverantwortlichen Ausbauplanungen informiert, sondern auch für eine zweitägige Exkursion die Bundestagsabgeordneten der Parlamentarischen Gruppe „Frei fließende Flüsse“ eingeladen, die vom 24. bis 25. April 2009 auf einer längeren Flussfahrt die bisher noch naturbelassene Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße, aber auch die Klützer Querfahrt in Augenschein nehmen konnten.

Anschließend haben Vertreter aller Parteien aus der Parlamentarischen Gruppe in einer Erklärung zum Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße im

Bereich des Europa-Nationalparks Unteres Odertal vom 3.7.2009 in ihrem Fazit Folgendes festgehalten: „Der Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße zwischen dem Hafen Schwedt und der Westoder für Küstenmotorschiffe würde einen erheblichen Eingriff in das Herzstück des einzigen deutschen Auen-Nationalparks darstellen. Angesichts der wachsenden Staatsverschuldung ist ein angebotsbezogener Ausbau der Wasserstraßen und Häfen nicht mehr zu rechtfertigen, vielmehr ist maximal ein bedarfsgerechter Ausbau anzustreben. Ohne zweifelsfrei nachgewiesenen Bedarf ist ein derart erheblicher Eingriff in ein weitgehend intaktes und geschlossenes Naturschutzgebiet aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen abzulehnen.“

Des Weiteren fordert die Parlamentarische Gruppe „eine aktuelle und von allen Beteiligten anerkannte Bedarfsanalyse... und die Prüfung alternativer Ausbauvarianten unter Beteiligung aller Interessengruppen durch ein neutrales Wirtschaftsinstitut.“ Möge die Forderung aus dem Deutschen Bundestag Gehör finden!

Der Verein hat sich auch intensiv in die Ende 2009 beginnende Diskussion um ein Leitbild für den Nationalpark, angestoßen vom Kuratorium der Nationalparkverwaltung Unteres Odertal, eingebracht, beispielsweise mit einem eigenen Leitbild, kurz und prägnant (siehe S. 7). Auch der Internetauftritt des Vereins ist durchaus sehenswert. Rund 25 000 Besucher hatte die Seite im Jahr 2009.

Aber natürlich ist auch die Nationalparkverwaltung im Jahre 2009 nicht untätig geblieben. Nach langen Vorbereitungen wurde der 40 Hektar große Staffelder Polder (8), seit 1990 bereits ohne wirtschaftliche Nutzung und seit 1995 als Totalreservat (Zone I) ausgewiesen, auf einer Länge von insgesamt 200 Metern mit der Westoder wieder verbunden. Auch die Ruine eines alten Schöpfwerkes und zwölf alte Strommasten wurden beseitigt. Das einst trockengelegte Moor kann sich hier wieder entwickeln. Frühere Entwässerungsgräben wurden an entscheidender Stelle verschlossen, ohne Frage ein schöner, wenn auch später und sehr überschaubarer Erfolg des Naturschutzes. 2009 gab es auch wieder die Kranichwochen, die Singschwantage, den Nationalparklauf und die feierliche Eröffnung der 4. Kanusaison im Nationalpark, trotz der Widerstände des BMU. Die Nationalparkverwaltung engagiert sich vor allem in der Touristenwerbung, eine gute Ergänzung zur Arbeit des Vereins. Der Fischer Waldemar Zahn hat darüber hinaus im Nationalpark einen 1,80 Meter langen Wels gefangen, erstmals wurden Nachtreiher im Nationalpark gesichtet und eine seltene Körbchenmuschel, als Totfund bereits 2006 im Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal von Jörg Wilke beschrieben. Viel Leben und Treiben also im Nationalpark.

Nicht immer wird eine überwiegend ehrenamtlich geleistete Vereinsarbeit öffentlich anerkannt, schon gar nicht von der brandenburgischen Landesregierung. Allerdings gibt es nach der völligen Neugliederung des zuständigen Ministeriums und nach Dienstantritt der neuen Ministerin Anita Tack die Hoffnung auf eine Neuorientierung der brandenburgischen Nationalparkpolitik und auf eine konsensuale Lösung der Probleme. Bis dahin freuen wir uns, dass zumindest das Bündnis für Engagement „Geben gibt“, das jährlich den Deutschen Engagementpreis auslobt, im November 2009 unseren Naturschutzverein als Finalisten für vorbildhaftes Engagement unter gut 900 eingereichten Projekten ausgewählt und nominiert hat. Wir freuen uns über die Auszeichnung und nehmen sie als Ansporn, weiterhin unabhängig, unbestechlich und

engagiert Naturschutzpolitik zum Nutzen dieser und kommender Generationen zu betreiben.

Anschrift der Verfasser:

THOMAS BERG, Vorstandsvorsitzender
DR. ANTJE BISCHOFF, Vorstandsmitglied
Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen
Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.
Schloss Criewen, 16303 Schwedt/Oder
Nationalparkverein@Unteres-Odertal.info